

Bundesministerium für  
Unterricht, Kunst und Kultur

XXIV. GP.-NR  
5664/AB

bm:uk

11. Aug. 2010

zu 5950 J

Frau  
Präsidentin des Nationalrates  
Mag. Barbara Prammer  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: BMUKK-10.000/0232-III/4a/2010

Wien, 9. August 2010

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 5950/J-NR/2010 betreffend „Förderung des „European Peace Univ. Center“, Stadt Schlaining-Ausbildungsk., die die Abg. Dr. Walter Rosenkranz, Kolleginnen und Kollegen am 7. Juli 2010 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 und 2:

Beim Voranschlagsansatz 1/30006, Verrechnungspost 7680 wurde 2009 ein Betrag von EUR 29.795,86 verrechnet. Die Förderung an das Friedenszentrum Burg Schlaining geht auf eine Beschlussfassung der Bundesregierung (Ministerratsvortrag) aus 1994 zurück, anlässlich welchem sich die damaligen Ministerien für Wissenschaft und Forschung, Landesverteidigung, Inneres, äußere Angelegenheiten sowie das Bundeskanzleramt und das Unterrichtsressort verpflichtet haben, die „International Civilian Peacekeeping and Peace-building Trainings Programs“ (IPT) zu finanzieren.

Mit diesen Trainingsprogrammen werden Fachleute für eine breite Palette von zivilen Funktionen in Konfliktgebieten ausgebildet. Das Programm trägt dem Umstand Rechnung, dass zivile Aufgaben in zunehmendem Maße von unterschiedlichen Organisationen wie der UNO, OSZE, von Regierungen und Nicht-Regierungsorganisationen wahrgenommen und die entsprechend ausgebildeten Fachleute dafür stark nachgefragt werden.

Durch die langjährige Kooperation mit internationalen Organisationen und im Besonderen mit UN Volunteers (UNV) kann IPT dazu beitragen, dass Absolventinnen und Absolventen eine Beschäftigung bei internationalen Organisationen erhalten. Zu jedem IPT-Spezialisierungskurs wird ein(e) oder mehrere Rekrutierungsexpertinnen und -experten der „Special Operations“ Abteilung von UNV Bonn nach Schlaining geschickt, um potentielle Interessentinnen und Interessenten zu interviewen. Viele ehemalige Teilnehmerinnen und Teilnehmer arbeiten dadurch weltweit als UNVs.

Die Bundesministerin:

